

## ## Beschlussfassung FDP-Bundestagsfraktion, 09.04.2019 ##

### Antrag

der Abgeordneten Bijan Djir-Sarai, Frank Müller-Rosentritt, ..., und der Fraktion der FDP

### Kein Platz für Antisemitismus - der BDS-Bewegung entschlossen entgegnet

Der Bundestag wolle beschließen:

#### Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit ihrer Gründung 2005 ruft die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) zur Isolation und zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott des Staates Israel auf. Die BDS-Bewegung ist in ihren Methoden und Zielen nicht nur antiisraelisch, sondern größtenteils klar antisemitisch. Der Beauftragte der Bundesregierung für Antisemitismus, Dr. Felix Klein, führt dazu aus: "Die BDS-Bewegung ist in ihren Handlungen und Zielen antisemitisch. Die Aktivisten versuchen, Israel zu isolieren und als angeblichen Apartheidstaat zu diffamieren. Der jüdische Staat soll dadurch Schritt für Schritt delegitimiert werden. BDS nimmt zudem israelische Staatsbürger in Geiselhaft und macht sie pauschal für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich." (<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/bds-ist-im-kern-antisemitisch/>)

BDS stellt die Existenzberechtigung Israels in Frage und dämonisiert dessen Bevölkerung in verschwörungstheoretischer Art und Weise. Vertreter dieser Gruppierung erklären regelmäßig, dass es keinen jüdischen Staat in Nahen Osten geben darf. Gleichzeitig werden Terrororganisationen wie die Hamas relativiert, verharmlost und als legitimes Mittel für politischen Protest angesehen (<https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/anti-israel-kampagne-wie-bds-gegen-israel-hetzt/20573168.html>). Neben den inakzeptablen Forderungen werden auch öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die unser freiheitlichen Werteordnung widersprechen. So wurde kürzlich versucht, eine öffentliche Veranstaltung mit einer verurteilten Terroristen zu unternehmen. (<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/rasmea-odeh-auftritt-berlin-abgesagt-innenverwaltung.html>). Das Anbringen von „DON'T BUY“-Schildern an Stätten, in denen israelische Produkte verkauft werden, erinnert an Zeiten in unserem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, an die damals überall zu findenden Schilder: Kauft nicht beim Juden. In diesem Zusammenhang ist besonders verstörend, wenn BDS-Anhänger heute ein Podiumsgespräch mit einer Holocaust-Überlebenden und einer Knesset-Abgeordneten aus antiisraelischer Motivation

niederbrüllen, wie an der Berliner Humboldt-Universität im Juni 2017 geschehen (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/vorfall-an-berliner-humboldt-uni-holocaust-ueberlebende-war-geschockt-von-stoerern/19988488.html>).

In dem von einer großen Mehrheit gefassten Beschluss des Deutschen Bundestags "Antisemitismus entschlossen bekämpfen" vom 17.01.2018 heißt es zu der BDS-Bewegung: "Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Judenfeindlichkeit. Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind. Boykottaufrufe und Beleidigungen gegen Israel und Juden gibt es bereits seit Jahren in Deutschland, zuletzt bei den antiisraelischen Kundgebungen im Dezember 2017 vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Diese sind inakzeptabel." Konkrete Maßnahmen, um der BDS-Bewegung entgegenzutreten, sind im Beschluss jedoch nicht festgehalten. In Nordrhein-Westfalen wurden in einem fraktionsübergreifenden Antrag "In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung" vom 11.09.2018 die antisemitische und antiisraelische BDS-Kampagne und der Aufruf zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlern oder Künstlern verurteilt, Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgefordert, der BDS-Kampagne keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder von Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, zu unterstützen sowie die Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu aufgerufen, sich dieser Haltung anzuschließen. Bundesweit haben Städte Beschlüsse gefasst, dass Organisationen und Personen, die der BDS-Bewegung angehören, keine Räumlichkeit mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen, allen voran hierbei die Stadt Frankfurt genannt.

Seit der Beschlussfassung des Deutschen Bundestags zur Bekämpfung von Antisemitismus im Januar 2018 sind wichtige Schritte unternommen worden. Es wurde das Amt des Beauftragten für Antisemitismus geschaffen und mit Dr. Felix Klein besetzt. Es wird an der bundesweiten Ausweitung einer Meldestelle für antisemitischen Vorfälle gearbeitet, um ein realistisches Bild über den in Deutschland virulenten Antisemitismus gewinnen zu können und nicht weiterhin nur Zahlen zur Verfügung haben, die Vorfälle betreffen, welche die Schwelle der Strafbarkeit überschreiten. Auch ist festzuhalten, dass Städte und Kommunen eigeninitiativ Prävention gegen Antisemitismus unternehmen, wie z.B. durch die oben genannten Beschlüsse, der BDS-Bewegung nahestehenden Organisationen und Personen keine Räumlichkeiten mehr zu überlassen. Das alles ist aber nur ein Anfang. Es gilt insbesondere auf Bundesebene, konsequent Maßnahmen nun dem Beschluss folgen zu lassen, dem wieder immer offener ausgelebten Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Ein einmaliger Beschluss reicht nicht aus, um Antisemitismus einzudämmen, er muss weiter mit Leben gefüllt werden; auch um den Beauftragten gegen Antisemitismus in seiner Arbeit zu unterstützen.

Jegliche Form von Antisemitismus darf in der Bundesrepublik Deutschland weder geduldet noch toleriert werden. Es ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Die Politik muss hierbei die Akteure in der Arbeit gegen Antisemitismus unterstützen, die die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen.

Dass Antisemitismus, Boykottaufrufe und Diskriminierung jeglicher Art inakzeptabel sind, wurde in dem fraktionsübergreifenden Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Januar 2018 festgestellt. Es gilt nun, dieser Aussage konkrete Maßnahmen folgen zu lassen, sodass es nicht bei einem Lippenbekenntnis bleibt.

Der Deutsche Bundestag tritt vor diesem Hintergrund dafür ein, alle Formen der Unterstützung der BDS-Bewegung auszuschließen.

### **Der Deutsche Bundestag beschließt**

- Wir treten der weltweiten Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS) entschlossen entgegen. Der Deutsche Bundestag verurteilt den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte, Waren, Unternehmen, israelischer Wissenschaftler oder Künstler sowie die Aufbringung von „Don’t Buy“-Schildern auf Waren aus Israel auf das Schärfste. Es ist Aufgabe der unabhängigen Justiz, zu prüfen, inwieweit durch einen Boykott Straftatbestände, z. B. der Volksverhetzung, erfüllt sind, und gegebenenfalls angemessene Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter zu verhängen;
- Nichtregierungsorganisationen, die den Boykott israelischer Produkte, Unternehmungen oder Personen fordern, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln finanziert werden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, mit Bundesmitteln geförderte Organisationen und Projekte im In- und Ausland im Rahmen der Mittelvergabe dahingehend zu überprüfen, ob sie die BDS-Kampagne unterstützen, beziehungsweise deren Boykottforderungen gegen israelische Waren, Unternehmen oder Personen teilen und in diesem Fall jegliche Förderung durch Bundesmittel zu verwehren beziehungsweise einzustellen.
- In Gebäuden, die unter Bundesverwaltung stehen, dürfen der BDS-Kampagne keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder von Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, unterstützen.
- Bei der Verleihung öffentlicher Preise, die durch die Bundesregierung unterstützt werden, ist auszuschließen, dass die geehrten Personen, Vereine oder sonstige Organisationen die Ziele und Werte der BDS-Kampagne unterstützen.
- Wir rufen Länder, Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu auf, sich dieser Haltung anzuschließen.
- Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus und jeglichem Extremismus.

Berlin, den 09.04.2019

**Christian Lindner und Fraktion**

### **Begründung**

[Bitte Begründung oben ausschneiden und hier einfügen.](#)